



GEHEIMDIENSTE

„Die Sprache des Wilden Westens“

Lange zauderte die Bundesregierung, nun wird sie offensiv: Weil Washington die Deutschen bei Fragen nach Spähaktionen der NSA abwimmelte, sollen die hiesigen Geheimdienste künftig die USA ins Visier nehmen. Auch ein Ermittlungsverfahren steht kurz bevor.

Nach der dritten Wortmeldung der Reporterin eines Satiremagazins hatte Thomas de Maizière genug. Ob er nicht, wie ein Landwirtschaftsminister, manchmal auch lieber nur Käsehäppchen vertilgen würde, wollte sie von dem CDU-Mann wissen. „Solche Fragen gehören eher in die ‚heute Show‘ als hierher“, grummelte der neue Bundesinnenminister.

De Maizière war erkennbar nicht zum Scherzen aufgelegt, als er vor zwei Wochen seinen Antrittsbesuch beim Bundesamt für Verfassungsschutz absolvierte. In der Zentrale des Inlandsgeheimdienstes in Köln-Chorweiler wurde der Minister stattdessen grundsätzlich, vor allem beim Thema Spionageabwehr. Die dürfe nicht unterschätzt werden, mahnte er. Und dabei sei es für ihn „nachrangig“, wer in Deutschland spioniere. Soll heißen: Die Deutschen wollen sich künftig gleichermaßen gegen alle Spähangriffe wappnen – auch dann, wenn sie von vermeintlichen Freunden ausgehen.

Was der Minister in scheinbar harmlose Worte packte, ist der Beginn einer politischen Kehrtwende. Von der Öffentlichkeit bislang unbemerkt plant die Bundesregierung, ihre eigenen Spione auch auf Partnerstaaten wie die USA anzusetzen – sie würden damit ähnlich behandelt wie Chinesen, Russen oder Nordkoreaner.

Die Hartleibigkeit der Amerikaner, die in der NSA-Affäre kaum eine relevante Frage beantworteten, hat die schwarz-rote Koalition verärgert. Nun wächst der Druck, sich die Antworten selbst zu besorgen. „Das sind Cowboys, die verstehen nur die Sprache des Wilden Westens“, heißt es bei der Union. Zwei Behörden rücken damit in den Mittelpunkt: der Verfassungsschutz und die Bundesanwaltschaft. Sie sollen Merkels Regierung wieder jenen Respekt verschaffen, der in Monaten der Demütigung verlorengegangen ist.

Den neuen selbstbewussten Ton hatte de Maizière bereits auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar angesprochen. Auf offener Bühne ging er Mike Rogers, den Vorsitzenden des Geheimdienstenausschusses im US-Repräsentantenhaus, an und nannte die Datensammelwut der NSA „maßlos“. Dabei könne er nicht einmal sagen, wie groß der angeordnete politische Schaden sei, denn er vermisse weiter wichtige Informationen.

Tatsächlich ist die Regierung in zentralen Fragen noch immer ähnlich ahnungslos wie im Juni 2013, als der Whistleblower Edward Snowden die Weltbühne betrat. Dessen Enthüllungen hatten Innen- und Justizministerium zum Anlass genommen, den USA ausführliche Fragen zu stellen. Ende Oktober erinnerte man noch einmal daran – eine befriedigende Antwort blieb bis heute aus.

Mit weitgehend leeren Händen kamen auch diverse hochrangige Delegationen aus Washington zurück. Zwar lieferten

die Amerikaner im Herbst rund tausend Seiten deklassifiziertes, also nicht länger geheimes Material. Das aber besteht aus endlosen Abschnitten über Verfahrensweisen und Regularien, der Rest ist geschwärzt oder irrelevant.

Ein sogenanntes Deutschlandpaket, das alle von Snowden kopierten Daten mit Bezug zur Bundesrepublik enthalten soll, wurde versprochen, aber nicht geliefert. Und auch beim über Monate hin und her verhandelten „No-Spy-Abkommen“ ist man zuletzt keinen Millimeter vorangekommen: Eine Fassung des Papiers, in dem die Zusammenarbeit zwischen deutschen und US-Geheimdiensten geregelt werden sollte, liegt in Washington auf Eis. Da wird es wohl bleiben.

Vergangene Woche war es US-Präsident Barack Obama selbst, der jeder Form eines „No-Spy-Abkommens“ eine Absage erteilte. „Es gibt überhaupt kein Land, mit dem wir ein Anti-Spionage-Abkommen haben“, sagte Obama anlässlich des Besuchs des französischen Staatspräsidenten François Hollande in Washington. Der Franzose, der ähnliche Wünsche aussprach wie die Deutschen, musste unverrichteter Dinge wieder abreisen.



Sicherheitsexperten Maaßen, de Maizière
Kehrtwende in Richtung Konfrontation

Zwischen Weißem Haus und Kapitol verdreht man die Augen über die Deutschen, nun sei es mal gut mit dem Lamentieren. Vor allem im Umfeld von Außenminister John Kerry drängt man darauf, die Spionage-Affäre hinter sich zu lassen. „Let’s turn the page“, hatte Kerry bei seinem Berlin-Besuch in vertraulichen Gesprächen mit Merkel (CDU) und Frank-Walter Steinmeier (SPD) gesagt. „Lasst uns ein neues Kapitel aufschlagen.“

Das wird es jetzt geben, aber wohl anders als von Kerry gedacht. Die Sozialdemokraten sind zunehmend irritiert von der Ignoranz der Amerikaner. Der Bundestagsabgeordnete Dietmar Nietan, der sich seit Jahren um die deutsch-amerikanischen Beziehungen müht, sagt: „Die NSA-Geschichte hat so ins Kontor gehauen für unsere Beziehungen, dagegen ist der Irak-Krieg Pipifax.“

Ganz ähnlich sehen es die Christdemokraten. Zudem fürchten sie einen massiven Ansehensverlust von Kanzlerin Mer-

kel, sollte diese das Ausspähen ihres Mobiltelefons einfach so hinnehmen.

Den Koalitionspartnern käme es daher gelegen, wenn Generalbundesanwalt Harald Range ein Ermittlungsverfahren wegen Spionagetätigkeit in Deutschland einleiten würde. Noch hat der oberste deutsche Strafverfolger keine Entscheidung getroffen, doch der Druck aus Berlin wächst. In informellen Gesprächen haben sich die SPD-Minister Heiko Maas (Justiz), Steinmeier (Außen) und Sigmar Gabriel (Wirtschaft) mit ihren CDU-Kollegen Peter Altmaier (Kanzleramt) und de Maizière darauf verständigt, Ermittlungen nicht politisch zu stoppen. Im Gegenteil: Range, der seit langem gute Gründe für ein Verfahren sieht, wird inzwischen ausdrücklich ermuntert, tätig zu werden.

Das Haus von Justizminister Maas hat der Bundesanwaltschaft erst jüngst signalisiert, man fände es unverständlich, auf Ermittlungen zu verzichten, nur weil man sich wenig davon verspreche. „Es kann nicht sein, dass wir den gemeinen Handtaschendieb jagen, aber nicht einmal versuchen zu ermitteln, wenn das Handy der Kanzlerin abgehört wird“, soll Maas in einer internen Besprechung gesagt haben.

Tatkraft beweisen, zeigen, dass man sich nicht alles gefallen lässt: Das ist die neue Marschrichtung der Koalition. Weil aber allen klar ist, dass ein Ermittlungsverfahren weitgehend fruchtlos bleiben wird, diskutiert die Regierung nun ernsthaft den Tabubruch: das Ausspähen der eigenen Freunde. Und als Vehikel dient ihr dazu vor allem die Abteilung 4 des Verfassungsschutzes. Dort ist die Spionageabwehr beheimatet.

In der Kölner Behörde wurde die Welt der Spione seit je in Gut und Böse unterteilt. Die Gegner, das waren bisher vor allem Russen, Chinesen, Iraner und Nordkoreaner, für die es eigene Zuständigkeiten gibt. Amerikaner, Briten, Franzosen waren hingegen weitgehend tabu.

Innenpolitiker aller Parteien wollen das nun ändern. „Wir müssen die Ungleichbehandlung beenden und alle auf gleiche Höhe bringen“, sagt CDU-Mann Clemens Binner, der neue Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums. „Wir müssen uns schützen, egal von wem die Gefahr droht“, fordert auch SPD-Innenexperte Michael Hartmann. Und selbst für die traditionell amerikafreundliche CSU sagt deren innenpolitischer Sprecher Stephan Mayer: „Man darf befreundete Staaten nicht außer Acht lassen.“

Die Pläne für eine Überwachung der Freunde sind bereits weit gediehen. Die Abteilung 4 im Bundesamt für Verfassungsschutz, in der bislang gerade mal gut hundert Spezialisten arbeiten, soll personell deutlich aufgestockt werden. Man plant zudem eine „Sockelbeobachtung“ auch der westlichen Partner. Dabei würde

Grüße aus Fernost

Chinas Spähangriff auf die Bundesregierung

Die E-Mail verhielt Inhalte von weltpolitischer Bedeutung. Ihren Empfängern gaukelte sie einen Informationsaustausch unter den wirtschaftspolitischen Beratern der mächtigsten Politiker der Welt vor, und zwar Anfang September 2013, unmittelbar vor dem Gipfeltreffen der G-20-Staaten im russischen St. Petersburg. Die sogenannten Sherpas waren gerade in der heißen Phase der Konferenzvorbereitung. Doch die E-Mail enthielt keine Informationen, die bei ihren Verhandlungen halfen.

Die gesamte Nachricht war nach Erkenntnissen deutscher Sicherheitsbehörden gefälscht – statt Informationen enthielt sie Spionagesoftware, die die Rechner der Empfänger infizieren sollte. Nach Angaben aus Sicherheitskreisen gingen diese und ähnliche E-Mails an hochrangige Entscheidungsträger in mehreren Bundesministerien und bei Banken. Offenbar gehörte auch der wirtschaftspolitische Berater von Kanzlerin Angela Merkel, Lars-Hendrik Röller, zu jenen, die der Spionageangriff treffen sollte.

Eine Regierungssprecherin bestätigt Versuche, „die Informationssicherheit im Bundeskanzleramt auf dem beschriebenen Weg zu kompromittieren“. Zu Röller als möglichem Ziel äußerte sie sich nicht. Der Angriff sei abgewehrt worden.

Nach internen Erkenntnissen des Verfassungsschutzes kann die Attacke „nachrichtendienstlichen Urhebern zugeordnet“ werden. Die Spähsoftware sollte ihre Ergebnisse nach China liefern. Chinesische Geheimdienste spähen demnach nicht mehr nur die hiesige Hightech-Industrie oder Oppositionelle im Exil aus. Sie haben auch die deutsche Politik im Visier.

Weltweit beobachten westliche Nachrichtendienste, dass in den chinesischen Botschaften die Zahl mutmaßlicher Geheimdienstmitarbeiter kontinuierlich steigt. Zudem registrieren sie, dass Chinas Geheimdienste vermehrt dort Zuträger gewinnen wollen, wo internationale Politik gemacht wird – etwa in Brüssel.

Noch auffälliger aber ist die Vielzahl elektronischer Attacken, die die

Sicherheitsbehörden staatlich gesteuerter Spionage aus China zuordnen, auch wenn oft Restzweifel über die tatsächlichen Urheber bleiben.

Ein weiteres Beispiel für einen solchen Angriff ist eine E-Mail an die Außenministerien von fünf EU-Mitgliedstaaten – ebenfalls im Vorfeld des G-20-Treffens in St. Petersburg. Darin erhielten die Diplomaten einen Anhang „US military options in Syria“. Bei dem Gipfel sollte tatsächlich über einen möglichen Militärschlag gegen den syrischen Diktator Baschar al-Assad geredet werden. Der Titel des Anhangs sollte die Empfänger wohl verleiten, die Schadstoffsoftware schnell zu öffnen und so zu aktivieren. Auf ähnliche Weise sind nach Erkenntnissen der deutschen



Pressezentrum beim G-20-Gipfel*
Spionagesoftware statt Informationen

Sicherheitsbehörden auch deutsche Botschaften im Ausland, Entscheidungsträger in deutschen Ministerien und Ministerien anderer europäischer Regierungen angegriffen worden.

Besonders häufig werden die staatlichen Hacker aus Fernost im Umfeld von internationalen Gipfeln aktiv. Es geht ihnen offenbar nicht nur darum, die Vorbereitungen der Staaten auf die Treffen auszuspionieren, sie wollen allgemein Spähsoftware in die Ministerien einschleusen. „Der Anlass Gipfeltreffen dient vorrangig dazu, die niedrige Aufmerksamkeitsschwelle im Vorfeld auszunutzen“, sagt ein Sicherheitsexperte. Dann herrscht Stress – und Thema und Absender erscheinen zu wichtig, um an Spione zu denken.

FIDELIUS SCHMID

das Amt wohl nicht das gesamte zur Verfügung stehende nachrichtendienstliche Instrumentarium anwenden, also etwa Telefonüberwachung, Quellenanwerbung oder Observationen. Aber zumindest will man alles daransetzen herauszufinden, was insbesondere in Botschaften und Konsulaten vor sich geht, wer dort arbeitet und über welche technischen Möglichkeiten man verfügt. Zum Beispiel, ob deutsche Regierungsstellen von der US-Botschaft in Berlin aus abgehört werden.

Der Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, ist bereits aktiv geworden. Er hat die US-Botschaft aufgefordert, Namen und Daten diplomatisch akkreditierter Nachrichtendienst-Mitarbeiter in Deutschland zu übermitteln. Zudem verlangte Maaßen Auskunft, mit welchen Privatfirmen die Amerikaner in Deutschland im Bereich Spionage kooperieren. Inzwischen, heißt es in Köln, sei man darüber besser im Bilde als noch vor wenigen Monaten.

Derweil hat auch beim kleinsten der drei deutschen Geheimdienste, dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) der Bundeswehr, eine Diskussion über eine Neuausrichtung begonnen. MAD-Chef Ulrich Birkenheier lässt derzeit prüfen, ob der Dienst bei der Spionageabwehr nicht auch stärker in Richtung befreundeter Nachrichtendienste blicken soll.

Neun Monate nach Beginn der NSA-Affäre schwenkt die Bundesregierung damit ernsthaft auf Konfrontationskurs mit Washington. Es wäre ein Bruch mit der jahrzehntelang geübten Praxis, die westlichen Partner in Deutschland weitgehend unbeobachtet schalten und walten zu lassen. Zwar gibt es vor allem im Kanzleramt und im Innenministerium Stimmen, die vor unabwehrbaren Folgen für die geheime Geheimdienst-Kooperation mit den Partnerstaaten warnen. Anders aber, sagen hochrangige Regierungsmitglieder, würden die Amerikaner nicht begreifen, welche nachhaltigen Erschütterungen die NSA-Affäre ausgelöst habe.

Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen. Das Auswärtige Amt, das Innenministerium und das Bundeskanzleramt stimmen sich noch ab. Auch aus diesem Grund verschiebt sich der geplante Besuch von Angela Merkel in Washington nach hinten. Ursprünglich war der März im Gespräch, jetzt verlautet nur noch, die Kanzlerin werde „im Frühjahr“ reisen. Womöglich wird es noch später. Merkel, heißt es in Regierungskreisen, werde erst fahren, wenn es in Berlin eine abgestimmte Linie gebe. Und wenn vorher geklärt sei, dass sie mit einem vorzeigbaren Erfolg zurückkommen werde. Merkel brauche einen „Skalp“. Noch ist unklar, wie er aussehen wird.

HUBERT GUDE, HORAND KNAUP,
JÖRG SCHINDLER, FIDELIUS SCHMID,
HOLGER STARK

* In St. Petersburg 2013.